

Gastronomen freunden sich mit der Gestaltungssatzung an

Stadt zieht nach einem Jahr eine positive Bilanz der Regelung

Von unserem Mitarbeiter
Roland Bailer

Baden-Baden. „Wir können nicht alles beeinflussen. Mit Verordnungen und Satzungen kann zwar einiges bewirkt werden, aber die Bürger müssen schon mitziehen.“ Erster Bürgermeister Werner Hirth sieht Baden-Baden bei der Ortsaufwertung jedoch auf einem guten Weg. Beim Verein Stadtbild zog er nach einem Jahr seit Einführung der Gestaltungssatzung eine überwiegend positive Bilanz.

Eine Einschätzung, die bei dem bestens besuchten Treffen auch Vorsitzender Wolfgang Niedermeyer teilte. Nach dessen Beobachtung haben sich die meisten Gastronomen mit der ursprünglich angefeindeten Regelung inzwischen versöhnt und sind nun dabei, kontinuierlich ihr altes Mobiliar und die wenig attraktiven Sonnenschirme durch ansprechendere attraktivere Einrichtungen zu ergänzen. Kritisch merkte er aber an: „Im öffentlichen Bereich, beispielsweise bei Papierkörben und Blumenkübeln, hat sich bisher wenig getan.“

Ein Vorwurf, den der Rathaus-Vize mit dem Hinweis zu entschärfen versuchte, dass in diesem Jahr mit der oberen Sophienstraße ein umfassender Anfang gestartet wird. Die vorbereitenden Gespräche mit den betroffenen Geschäftsleuten seien durchweg positiv verlaufen

und fast alle hätten sich bereit erklärt, ihre Schaufenster sowie die Auslagen nach den vorgegebenen Richtlinien zu gestalten. Gleichzeitig versicherte er, dass nach und nach auch andere Bereiche anvisiert werden.

Erfolgreiches Wirken bescheinigte Hirth dem aus auswärtigen Fachleuten bestehenden Gestaltungsbeirat, der entgegen der ursprünglichen Vorstellung inzwischen längst einmal im Monat tagt. Allerdings sind auch diesem Gremium Grenzen gesetzt. Der Bürgermeister verdeutlichte: „Vieles kann nicht reglementiert werden. Wie strittig manche Punkte sind, zeigt sich schon an der Widerspruchsquote, die in Baden-Baden im Regierungsbezirk am höchsten ist.“

„Die Stadt hat in der Vergangenheit immer wieder Prozesse verloren, wenn sie zu strikt ihre Vorstellungen durchdrücken wollte“. Mit diesem Hinweis konterte Hirth den immer wieder zu hörenden Vorwurf, die Überbauung von Lücken und wiederholt auch schon Gärten würde das Gesamtbild beeinträchtigen. Zwar bedauerte auch der einstige Chef des Rechtsamts, manche Projekte aus juristische Gründen nicht stoppen zu können, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass nach den Vorstellungen des Landes Grundstücke in der Stadt eher überbaut werden sollen als eine weitere Zersiedelung des Landschaft hinzunehmen.

BNN - 22.1.11